

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JW/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Bahn-Streik](#)
2. [BND-Affäre](#)
3. [Bundeskanzler Faymann: "Diese Verträge werden das Leben unserer Kinder beeinflussen"](#)
4. [Germany's record trade surplus is a bigger threat to euro than Greece](#)
5. [Die deutschen Löhne - Konfusion von links bis rechts](#)
6. [Wie man über eine Milliarde Dollar im Jahr einstreicht](#)
7. [Thomas Middelhoffs sündhaft teure Anwälte](#)
8. [Bürger gegen Bank](#)
9. [Sympathie für die Erzieher](#)
10. [Richter und Staatsanwälte - Verfassungsgericht ordnet faire Bezahlung an](#)
11. [Zahlenspiele: 21,4 oder 38,7 Prozent atypisch Beschäftigte - wie problematisch hätten Sie's denn gern?](#)
12. [Strategiesimulation: Wie würden Sie mit Putin umgehen?](#)
13. [Widerspenstige Kollaborateure](#)
14. [Deutsche Unternehmen im Ausland - Spitzenrang bei Menschenrechtsverletzungen](#)
15. [Widersprüchliche Studien zum Bachelor](#)
16. [Orwell 2.0](#)
17. [9. Mai GewerkschafterInnen für Frieden und Solidarität](#)
18. [Zu guter Letzt: Die Merkel gehört gar nicht zur Regierung](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Bahn-Streik**

1. **Heiner Geißler: Bundesregierung trägt Schuld am Bahnstreik**

Der erfahrene Schlichter Heiner Geißler bezeichnet den Gesetzentwurf zur Tarifeinheit als "Frechheit". Und gibt damit der Bundesregierung die Hauptschuld am Streit der Bahn und der GDL. (...)

Herr Geißler, eine Woche Bahnstreik. Die Fronten zwischen GDL und Bahn scheinen verhärtet. Muss ein Schlichter her?

Das Einzige, was ich sagen kann, ist: Man kann diesen Arbeitskampf nur entschärfen, wenn die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf über die Tarifeinheit zurückzieht. Das ist das A und O der ganzen Sache. Dieser Gesetzentwurf wird ohnehin nie in Kraft treten, weil er verfassungswidrig ist. Daran scheitert jede vernünftige Einigung. Im Grunde genommen ist dieser Gesetzentwurf eine Frechheit. Der Bundestag sollte nicht den Fehler machen, ihn zu behandeln.

Was genau ist in Ihren Augen verfassungswidrig?

Das verfassungsmäßig garantierte Streikrecht kann damit von vielen Gewerkschaften nicht mehr ausgeübt werden. Das betrifft nicht nur die Lokomotivführer, sondern zum Beispiel auch die Ärzte im Marburger Bund. Die Erzieherinnen und Erzieher, die jetzt streiken, sind auf die Gnade der Großgewerkschaft Verdi angewiesen. Oder nehmen Sie die Krankenschwestern. Wir haben einen bedrohlichen Pflegenotstand, der begründet ist in den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung der Schwestern. Es wäre in der Zukunft sinnlos, wenn sie sich organisierten und – auch im Interesse der Patienten – streiken würden.

Quelle: [Merkur](#)

2. **Claus Weselsky - Schon als junger Mann war er Außenseiter**

Claus „QUÄLselsky“ – wer ist der Mann der uns die Woche versaut? So wurde aus dem GDL-Chef der Quälgeist für Pendler und Bahnfahrer...

Seine ganze Karriere ist auf Außenseitertum gegründet: Zum Ende der DDR wurde im Mai 1990 die GDL im Osten auch als Gegenstück zu den linientreuen DDR-Gewerkschaften gegründet. Der Lokführer aus Pirna, einem Ort, wo Deutschland fast schon zu Ende ist, war von Beginn an dabei. Zwei Jahre später konnte er vom Lok-Bock runter.

Er ist jetzt seit 23 Jahren Vollzeitgewerkschafter. Es gibt Leute, die träumen davon – und wenige taugen auch dazu...

Quelle: [Bild.de](#)

Anmerkung WL: Mehr Hetze ging nur noch in der Printausgabe von Bild: „Er hat es nicht leicht: Oberlippenbart eines Karussellbremsers, Sachse und dann auch noch Chef einer Mini-Gewerkschaft, die alles lahmlegen kann – und davon ausführlich Gebrauch macht. Viel mehr kann nicht schiefgehen, wenn man in Deutschland Sympathieträger werden will...Er ist der Minderheitenführer, der die Mehrheit ausbremsen kann. Ein Zwerg mit Riesenkräften, ein Leichtgewicht am langen Hebel. Und ein Radikaler...Er ist der Ostdeutsche, der streikenden Außenseiter....“

3. **Deutschland im Streik: Sollen sie doch ihren Chauffeur holen!**

Klassenkampf einmal andersherum: Statt weiter “die da oben” zu quälen, nehmen die Gewerkschaften einfach alle in die Mangel, die sich nicht Limousine oder Privat-Kita leisten können. Unfair? Sicher. Aber wann ist das Leben schon fair? [...]

Wahrscheinlich bin ich auch ein Bonze, jedenfalls fühle ich mich im Augenblick dank der GDL ein bisschen so. [...] Leute wie die Arbeitsministerin und ich kommen ohne öffentlichen Nahverkehr aus. Wir nehmen die Limousine oder das Flugzeug, wenn die Bahn nicht fährt. [...] Auch der Kita-Streik schreckt mich nicht. Ich habe meinen Sohn in einem privaten Kindergarten angemeldet, dahin reicht nicht einmal der lange Arm von Herrn Bsirske. Es gibt Biogemüse am Mittag und Englisch ab sechs Monaten, und wenn man mal zu spät kommt, haben sie einen Babysitter-Backup-Service. Ich habe mir lange überlegt, ob das die Monatsgebühr wert ist, die ich zahle. Von dem Geld für die Kita könnte ich locker einen Mittelklassewagen finanzieren.

Quelle: [Jan Fleischhauer auf SPIEGEL Online](#)

Anmerkung JB: Auf Fleischhauers berechenbar dämlichen Text muss man an dieser Stelle wohl nicht eingehen. Interessant ist aber die großkotzige Hybris zwischen den Zeilen. In Zeiten, in denen unzählige Journalisten von ihren Bezügen und Honoraren kaum leben können, scheint ein SPIEGEL-Redakteur wohl in der Tat der journalistischen Oberklasse anzugehören. Und wieder einmal zeigt sich: Opportunismus zahlt sich zumindest monetär aus.

4. **FOCUS-Online-Redakteurin spricht Klartext: “Weselsky muss weg”**

Spätestens mit den jetzt angekündigten Bahnstreiks ist Claus Weselsky als GDL-Chef untragbar geworden, sagt FOCUS-Online-Redakteurin Philine Lietzmann. Und der Ausweg aus dem Dauerstreik dürfte den wenigsten Gewerkschaftern gefallen.

Quelle: [Focus](#)

Anmerkung JB: Wenn das der Nachwuchs für unsere selbsternannten Qualitätsmedien ist, kann einem nur Angst und Bange werden. Was treibt eine junge Journalistin dazu, sich derart peinlich in die PR-Maschinerie der Deutschen Bahn AG einbinden zu lassen? Aufmerksamkeit? Geld? Die Hoffnung auf eine Karriere? 1962 schrieb Friedrich Dürrenmatt das Theaterstück „Die Physiker“, in dem drei Physiker in einer Nervenlinik über die Verantwortung der Wissenschaft philosophieren. 2015 müsste dieses Stück wohl „Die Journalisten“ heißen. Eine gesellschaftliche Debatte über die Verantwortung der Medien ist

längst überfällig. Woher soll sie auch kommen? Etwa aus den Medien selbst?

5. **Eure Hetze kotzt uns an - Solidarität mit den LokführerInnen!**

Für jeden, der die Fakten kennt, ist alles ganz klar: Die Deutsche Bahn AG verschleppt eine Einigung mit der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), weil sie hofft, das bald in Kraft tretende Gesetz zur Tarifeinheit werde den ganzen Trouble mit der kleinen kämpferischen Gewerkschaft sowieso beenden. Die GDL geht in die Offensive und setzt dabei auf eines der ältesten Mittel der ArbeiterInnenbewegung, den Streik. Dieser klappt hier sogar hervorragend, weil die TransportarbeiterInnen an ausgezeichneten Positionen sitzen und mit einer relativ kleinen Menge an Streikenden relativ große Wirkung erzielen können. Das wiederum gefällt einer Einheitsfront, die von den notorischen ArbeiterverräterInnen der SPD über die großen Leitmedien bis hin zu Kreisen weit rechts der CDU reicht, überhaupt nicht. Was mussten und müssen sich die KollegInnen im Ausstand alles anhören? Sie übten „Terror“ aus, wird behauptet. Ein „ganzes Land“ sei „Geisel“ einer „Mini-Gewerkschaft“. Ja, sogar dem „Standort Deutschland“, dem nationalen Allerheiligsten, werde geschadet. Jeder Esel darf sein unbedeutendes Partikularinteresse für wichtiger halten als die Kampfmaßnahme der Lokführer. „Ich wollte doch heute zum shoppen fahren“, heulen die vom Einkaufszentrum ihres Vertrauens abgetrennten. „Ich komme Stunden zu spät zur Arbeit“, mahnen die, die es für eine besondere Ehre halten, immer pünktlich das eigene Fell zu Markte tragen zu dürfen. Und Springer führt jenes kollektive „Wir“ an die Front, dass sich mal in seiner Gestalt als „Steuerzahler“ gegen „Wirtschaftsflüchtlinge“, dann wieder in seiner Gestalt als „Bahnkunde“ gegen die ArbeiterInnen wenden darf.

Quelle: [Lower Class Magazin](#)

2. **BND-Affäre**

1. **Österreich brachte Anzeige ein**

Auch die Österreich-Connection der NSA-Spionageaffäre schlägt weiterhin Wellen. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) reagierte am Dienstag auf Berichte, wonach der amerikanische Geheimdienst auch Ziele in der Alpenrepublik ausgekundschaftet haben soll. Am Rande eines internationalen Innenministertreffens in St. Pölten kündigte sie eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft an. Ein Sprecher der Ministerin bestätigte auf STANDARD-Nachfrage einen entsprechenden Bericht des ZDF-Magazins Frontal 21. Am Abend gab Mikl-Leitner bekannt, dass die Anzeige bereits am Dienstag eingebracht wurde.

Die Anzeige richte sich vorerst gegen unbekannte Täter, Grundlage sei Paragraph

256 des Strafgesetzbuches. Darin heißt es: “Wer zum Nachteil der Republik Österreich einen geheimen Nachrichtendienst einrichtet oder betreibt oder einen solchen Nachrichtendienst wie immer unterstützt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.” Auf Basis des Ermittlungsverfahrens könne man nun mit deutschen Behörden besser zusammenarbeiten. “Wir fordern volle Aufklärung”, sagte Mikl-Leitner.

Quelle: [Der Standard](#)

2. Bundesregierung will enge Kooperation mit NSA

Trotz der Spionage-Vorwürfe gegen den BND setzen Bundesregierung und Geheimdienste weiterhin auf die enge Zusammenarbeit mit der NSA.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) betonte am Montag zwar, befreundete Länder sollten sich nicht ausspionieren. Für die Sicherheit der Bürger sei die Kooperation mit der NSA aber wichtig. BND-Präsident Gerhard Schindler wies Vorwürfe des Landesverrats zurück. Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) verlangte dagegen ungewöhnlich deutlich rückhaltlose Aufklärung. Die Opposition pocht weiter auf eine schnelle Herausgabe der NSA-Spionagelisten.

Im Oktober 2013 hatte Merkel noch gesagt: “Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht.” Vor gut einer Woche war dann aber berichtet worden, dass der BND der NSA jahrelang geholfen haben soll, europäische Politiker und Firmen auszuspähen, unter anderem die EU-Kommission und die französische Regierung. Zu den Vorwürfen sagte Merkel nun: “Das, was zu verbessern ist, muss verbessert werden.”

Zugleich betonte sie, die Bundesregierung werde alles daran setzen, die Arbeitsfähigkeit des deutschen Auslandsnachrichtendienstes BND zu gewährleisten. Notwendig sei eine Balance zwischen Schutz der Privatsphäre und Sicherheitsinteressen. Das Kanzleramt werde die parlamentarischen Kontrollgremien über Einzelheiten informieren.

Quelle: [heise.de](#)

3. Bundeskanzler Faymann: “Diese Verträge werden das Leben unserer Kinder beeinflussen”

- Private Schiedsgerichte hält Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann für gefährlich. Er kritisiert das TTIP-Abkommen mit den USA im Interview scharf.
- Auch den bereits ausgehandelten Freihandelsvertrag mit Kanada stellt er in Frage.

Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) hat schwere Kritik an den

geplanten Freihandelsabkommen Ceta und TTIP geübt. Die geplanten Sonderrechte für Konzerne halte er für gefährlich...

Faymann fordert von der EU-Kommission außerdem ein klares Mitspracherecht für die nationalen Parlamente. Er habe zwar die Handelskommission damit beauftragt, Verhandlungen mit Kanada und den USA aufzunehmen. "Wir haben aber kein Verhandlungsmandat ohne Wenn und Aber erteilt, sondern ein Mandat, uns ein Ergebnis vorzulegen. Mehr haben wir nicht zugestimmt. Wir kaufen keine Katze im Sack."...

Quelle: [Silvia Liebrich in der SZ](#)

4. **Germany's record trade surplus is a bigger threat to euro than Greece**

If EU law were properly enforced, Germany would face fines for endangering eurozone stability and breaching the Macroeconomic Imbalance Procedure for the fifth year in a row

Germany's current account surplus is out of control. The European Commission's Spring forecasts show that it will smash all previous records this year, reaching a modern-era high of 7.9pc of GDP. It will still be 7.7pc in 2016.

Vague assurances that the surplus would fall over time have once again come to nothing. The country is now the biggest single violator of the eurozone stability rules. It would face punitive sanctions if EU treaty law was enforced.

Brussels told Germany to do its "homework" a year ago, but recoiled from taking any action. We will see if Jean-Claude Juncker's commission does any better this time. [...]

The International Monetary Fund warned last year that the German surplus - then 8.25pc of GDP when adjusted for the cycle - is destructive for EMU as a whole. It is between three and six percentage points higher than is either "desirable" or justified by fundamentals. It is not in Germany's own economic interest, and makes it even harder for the EMU crisis-states to claw their way out of trouble [...]

The surpluses are being recycled into capital flows abroad with a negative rate of return, eroding the wealth base that the country will need over the next 10 years as it goes into precipitous demographic decline. Historians will view the Schroder/Merkel era as a series of policy blunders.

The sooner Germany abandons fiscal fetishism and invests its own money in its own country for its own good, the better it will be for everybody.

Quelle: [Ambrose Evans-Pritchard im Telegraph](#)

Anmerkung unseres Lesers M.S.: Das ist eine schonungslose Analyse der derzeitigen Zustände. Solche Kritik liest man leider fast nur außerhalb Deutschlands.

5. Die deutschen Löhne - Konfusion von links bis rechts

Unsere Leser haben uns gebeten, zu zwei Stücken über die Gewerkschaften und die deutsche Lohnentwicklung Stellung zu nehmen. Das erste Stück ist aus der FAZ, bei der es nicht verwundert, dass die Analyse der deutschen Lohnentwicklung durch eine stark gefärbte Brille erfolgt, so dass alles, was einfach und klar ist, im Dunkel der Ideologie verschwimmt. Das zweite Stück aber kommt direkt aus dem Herzen der Arbeiterbewegung, nämlich vom WSI, dem wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften. Es ist abgedruckt in der Zeitschrift „Sozialismus“ (Heft 4 2015) unter der Rubrik „Forum Gewerkschaften“. Auf dieses Stück von Thorsten Schulten verweist auch die Hans Böckler Stiftung in einem sogenannten Böckler Impuls, den das WSI und das IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung) herausgeben. Zu finden ist das hier; dort gibt es einen Link für den ganzen Beitrag.

Um es gleich vorweg zu sagen, wenn man beides gelesen hat, weiß man nicht, wessen Konfusion größer ist. Aber das Erschrecken über die immer noch vorhandene Ignoranz (oder die bewusste Irreführung der Öffentlichkeit und der Gewerkschaftsmitglieder) ist natürlich im Fall des Beitrags auf der Gewerkschaftsseite viel größer.

Quelle: [Heiner Flassbeck auf Flassbeck Economics](#)

6. Wie man über eine Milliarde Dollar im Jahr einstreicht

Für viele Hedgefonds war 2014 kein erfolgreiches Jahr war. Dem Verdienst einiger Manager dieser Fonds hat das nicht geschadet. Sie brachten Summen mit neun Nullen nach Hause. Wir stellen die drei am besten verdienenden Männer vor.

Kenneth Griffin gilt schon seit Jahren als ein sehr vermögender Mann. Im Herbst vergangenen Jahres wurde sein Vermögen schon auf rund 6,5 Milliarden Dollar geschätzt. Nun zeigt die jährliche Rangliste des Fachmagazins Alpha Magazine, dass Griffin im vergangenen Jahr noch einmal 1,3 Milliarden Dollar verdient haben dürfte.

Quelle: [FAZ](#)

Anmerkung JK: Diesen Aberwitz kann man eigentlich nicht mehr angemessen kommentieren. Vor allem wenn man fragt in was denn die Leistung dieser Personen bestehen soll bzw. welchen volkswirtschaftlichen Nutzen, von einem gesellschaftlichen Nutzen will man gar nicht erst sprechen, deren Unternehmen erbringen?

7. Thomas Middelhoffs sündhaft teure Anwälte

Der ehemalige Top-Manager lässt sich seine juristische Vertreter einiges kosten. Von Stundenlöhnen von 1000 Euro ist die Rede. Doch sind seine Berater wirklich ihr Geld wert? [...]

Allerdings erklärte er ansonsten lediglich, die Kanzlei Buse Heberer Fromm habe ihre

„Regelstundensätze“ angesetzt. Sein Stuttgarter Kollege Winfried Holtermüller, der Middelhoff mitverteidigte, erklärte nur, seine Kanzlei berechne „moderate Stundensätze“. Dem Vernehmen nach hat er bereits vor einem Jahr 2,4 Millionen Euro als Honorar überwiesen bekommen.

Quelle: [FAZ](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Woher hat ein bankrotter (?) ehemaliger Topmanager 2,4 Millionen Euro für Rechtsbeistände?

8. Bürger gegen Bank

Die Bereitschaft, sich am Protest zu beteiligen, ist nicht sehr weit verbreitet. Aber ein Wechsel sollte doch drin sein...

Zwar ist das Bewußtsein für die so offenkundigen Missstände in der Finanzindustrie deutlich gestiegen. Jedoch der vom "Spiegel" erfundene Wutbürger hält seine Faust brav in der Tasche, obwohl er doch in der Öffentlichkeit mit dem Etikett einer emanzipierten Bürgergesellschaft gepudert wird. Der Bürger leidet und ist nur selten bereit, das Finanzmarktsystem und seine eigene Lebenssituation kritisch zu verbinden. Ein massenhaftes Aufstehen gegen die Finanzmarktindustrie bleibt daher vorerst eine vage Hoffnung.

Die Menschen sind eben schnäppchen- und mehr zockeraffin, als es die staatsbürgerlichen Sprüche vermuten lassen. Alles setzt einen einigermaßen (finanzmarkt-)kompetenten Bürger voraus, was dieser überwiegend nicht ist - auch weil die Komplexitäten einen jeden Tag neu erschlagen.

Quelle: [Peter Grottian Gastbeitrag in der FR](#)

9. Sympathie für die Erzieher

- Viele Deutsche haben dafür Verständnis, sollten sich die Beschäftigten in Sozial- und Erziehungsberufen zu einem Streik entschließen.
- In der Bevölkerung wird die Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern nicht als fair empfunden.

Vielen Eltern wird es Probleme bereiten. Falls sich die Erzieher aller staatlicher Kitas an diesem Dienstag zu einem unbefristeten Streik entschließen, sind die Kleinen ohne Betreuung. Ihre berufstätigen Eltern müssen schnell etwas anderes organisieren - oder zu Hause bleiben. Und doch: Über den möglichen Ausstand wird erstaunlich wenig gemurrt. "Es gibt eine Grundsympathie in der Bevölkerung für die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe", glaubt Reinhard Bispinck, Leiter der Tarifabteilung

im gewerkschaftsnahen WSI-Institut. "Die Öffentlichkeit ist bislang auf der Seite der Erzieherinnen", analysiert der Soziologe Stefan Kerber-Clasen...

Die Reallöhne der Beschäftigten sind zwar 2014 wieder gestiegen, aber sie erreichten damit erst wieder das Niveau des Jahres 2000. Ein Grund dafür ist, dass die Globalisierung zwar die Gehälter von Topmanagern steigen ließ, aber gleichzeitig das Angebot an Arbeitskräften erhöhte, die mit deutschen Normalverdienern konkurrieren. Wobei die Mitarbeiter deutscher Exportfirmen besser bezahlt werden als viele Beschäftigte der Dienstleistungsbranchen, die der Globalisierung weniger ausgesetzt sind. Ein wichtiger Grund für die stagnierenden Reallöhne ist daher die schwindende Macht der Gewerkschaften: Galten Mitte der 90er-Jahre noch für 75 Prozent der Arbeitnehmer Tariflöhne, sind es heute 58 Prozent - und 2,5 Millionen Deutsche mehr arbeiten zum Niedriglohn.



Quelle: [Alexander Hagelüken in der SZ](#)

10. **Richter und Staatsanwälte - Verfassungsgericht ordnet faire Bezahlung an**

Das Verfassungsgericht hat gesprochen: Die Länder dürfen künftig nicht mehr willkürlich bei den Gehältern von jungen Richtern und Staatsanwälten sparen. Das Urteil hat Signalwirkung auch für andere Staatsdiener.

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Natürlich ist es ein bißchen merkwürdig, wenn Richter über das Gehaltsminimum von KollegInnen urteilen. Andererseits sind Gehälter wie die genannten ca. 40.000 Euro im Saarland, auch angesichts (noch) guter Pensionen, für einen Prädikatsjuristen schlicht indiskutabel. Immerhin hat es die Politik jetzt Schwarz auf Weiß, daß im angeblichen Hochlohnland die Gehälter nicht nur niedrig, sondern sogar **verfassungswidrig** niedrig sind. Das alles, um mit zig Milliarden an Steuergeschenken an Kapitalgesellschaften um sich zu werfen... Und bei der Richterbesoldung wird nicht einmal der Maßstab der Verfassungsrichter erreicht, u. a. die Entwicklung des allgemeinen deutschen Lohnniveaus, das trauriger kaum sein könnte.

11. **Zahlenspiele: 21,4 oder 38,7 Prozent atypisch Beschäftigte - wie problematisch hätten Sie's denn gern?**

Anlässlich einer Anfrage der Linksfraktion im Bundestag zur Entwicklung des Normalarbeitsverhältnisses präsentierte die Bundesregierung in ihrer Antwort vor 2

Wochen altbekannte Zahlen: Seit 1993 ist die Zahl der atypisch Beschäftigten gestiegen, um im Jahr 2013 einen Anteil von 21,4 Prozent der Beschäftigten zu erreichen. Nach anderen Berechnungen hat der Anteil allerdings bei 38,7 Prozent gelegen. Die Erklärung für die Diskrepanz ist einfach, sie ist aber auch ein Politikum. Die Print- und Online-Medien hatten in großer Bandbreite berichtet: „Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten mit unbefristeten Arbeitsverträgen ist zwischen 1993 und 2013 deutlich gesunken“, hieß es etwa bei Sueddeutsche.de, dies ist „ein Rückgang um 7,2 Prozent, während der Anteil der atypisch Beschäftigten in der Zeit von 13,1 auf 21,4 Prozent anstieg.“ Damit, so Spiegel online, ist der „Anteil von Teilzeit, Befristungen, Zeitarbeit und geringfügigen Beschäftigungen

Quelle: [Le Bohemien](#)

12. **Strategiesimulation: Wie würden Sie mit Putin umgehen?**

Die Ukraine-Krise ist für Kanzlerin Merkel die wohl größte außenpolitische Bewährungsprobe ihrer Amtszeit. Sie musste schwierige Entscheidungen treffen. Was hätten Sie an Ihrer Stelle getan? In unserer Strategiesimulation sind Sie am Zug: Wie verhalten Sie sich gegenüber Russlands Präsident Putin? Deeskalieren Sie? Oder wagen Sie ein Power-Play? Treffen Sie eine Entscheidung und klicken Sie auf eine Antwort.

„Stellen Sie sich vor, Sie sind im November 2013 auf dem Gipfel von Vilnius. Es ist der Beginn der Ukraine-Krise. Der ukrainische Präsident Janukowytsch stellt überraschend neue Bedingungen für das EU-Assoziierungsabkommen – nachdem jahrelang verhandelt wurde und eigentlich nur noch die Unterschriften fehlten. Wie reagieren Sie?“

Quelle: [Spiegel Online](#)

Anmerkung JW: Die Propaganda übertrifft sich selbst..

13. **Widerspenstige Kollaborateure**

In der Ukraine eskaliert der Konflikt zwischen der von Berlin protegierten Kiewer Regierung und den faschistischen Milizen im Osten des Landes. Waren die Milizen und ihre Vorläufer auf dem Majdan aus deutscher Perspektive noch nützlich, um zunächst Präsident Janukowitsch zu stürzen und danach die ostukrainischen Aufständischen zu bekämpfen, so drohen sie nun den von der Bundesregierung verlangten Waffenstillstand endgültig zu brechen. Aus deutscher Sicht gilt dies als derzeit nachteilig, weil bei einem neuen Aufflammen der Kämpfe weitere Gebietsverluste der Kiewer Regierung befürchtet werden. Zudem ist nicht ersichtlich, wie ein totaler Zusammenbruch der ukrainischen Wirtschaft bei fortdauerndem Bürgerkrieg verhindert werden kann. Während deutsche Diplomaten deswegen auf eine Einhaltung

des Waffenstillstands dringen, werben deutsche Ökonomen für den Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft ohne die abtrünnigen Gebiete um Donezk und Luhansk. Ein Verzicht auf die beiden Regionen entlaste den Staatsetat, erklärt die "Deutsche Beratergruppe Ukraine", die die Kiewer Regierung seit Jahren in Wirtschaftsfragen instruiert. Eine Einstellung des Bürgerkriegs gilt außerdem als Voraussetzung dafür, dass die deutsche Wirtschaft ihre Aktivitäten in der Ukraine und eventuell auch in Russland wieder intensivieren kann.

Quelle: german-foreign-policy.com

14. **Deutsche Unternehmen im Ausland - Spitzenrang bei Menschenrechtsverletzungen**

In wenigen anderen Ländern der Welt sitzen so viele Unternehmen, denen eine Beteiligung an schweren Menschenrechtsverletzungen angelastet wird, wie in Deutschland. Nichtregierungsorganisationen fordern politische Konsequenzen – und verweisen auf Frankreich.

Quelle: [Tagesspiegel](http://tagesspiegel.de)

15. **Widersprüchliche Studien zum Bachelor**

Der Bachelor ist nicht zu fassen. Für die einen taugt er nichts auf dem Arbeitsmarkt, den anderen gilt er als Topqualifikation und Karrieresprungbrett. Ja was denn nun? Zwei neue Erhebungen zur Berufsbefähigung von Hochschulabsolventen kommen zu gegenteiligen Befunden. Die Wahrheit liegt wohl irgendwo in der Mitte.

„Nur 15 Prozent der Betriebe sagen, dass die Bachelor-Absolventen gut auf den Arbeitsmarkt vorbereitet sind.“ In einem Interview mit der Zeitung Die Welt zog der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Eric Schweitzer, unlängst richtig vom Leder. Die vermeintliche „Überakademisierung“ führe dazu, „dass viele studieren, die eigentlich in einer Berufsausbildung besser aufgehoben wären“, konstatierte er und weiter: „Die Zahl der Studienplätze kann nicht grenzenlos steigen. Ich bin sogar dafür, sie wieder zu verknappen.“...

„Karrierewege für Bachelorabsolventen“ ist der Ergebnisbericht einer Befragung von 1.500 Unternehmen, die das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) mit Unterstützung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft durchgeführt hat. Gefördert wurde das Projekt überdies vom Bundesbildungsministerium (BMBF), und man stelle sich vor, das Resultat hätte gelautes: Der Bachelor ist Mist.

Zu ihrem Glück blieb dies Ministerin Johanna Wanka (CDU) erspart und so durfte sie am vergangenen Donnerstag ausnahmslos schöne Dingen sagen, etwa das: „Bachelor-Absolventen haben in Unternehmen immer bessere Chancen. Der Bachelor-Abschluss ist etwas wert.“

Was sich so toll liest und anhört, lässt sich freilich auch anders interpretieren.

„Ungefähr gleich“ ist das Einkommen von Bachelor- und Master-Absolventen bloß in

der Hälfte der Fälle (53,3 Prozent). 16 Prozent der Befragten zahlen bis zu fünf Prozent mehr, 21 Prozent zwischen zehn und 15 Prozent mehr und 9,1 Prozent lassen sich den Master zwischen 15 und 20 Prozent mehr kosten...

Dazu passt die Kunde, der Bachelor sei in der Industrie auf dem Vormarsch. Was denn auch sonst? Heute sind rund 90 Prozent aller Studiengänge in Deutschland auf den Bachelor/Master-Modus umgestellt. Den Unternehmen bleibt fast nichts anderes übrig, als auf die „Neuen“ zu setzen. Wenn heute 23 Prozent so verfahren, dann besagt diese Zahl wenig bis gar nichts...

So beschränkt sich die Untersuchung nur auf einen Ausschnitt der Wirklichkeit und der Verdacht drängt sich auf, dass hier auf Teufel komm raus die Werbetrommel für den Bachelor gerührt wird...

Dabei gibt es frühere Studien, die zu völlig anderen Befunden gelangt sind: Dass die Absolventen bei Arbeitgebern nicht hoch im Kurs stehen, dass sie schlechter bezahlt werden als Leute mit Diplom oder Magister, dass sie vergleichsweise seltener in Vollzeit arbeiten und ihre berufliche Tätigkeit häufiger nicht ihrem Qualifikationsniveau entspricht...

Bei Studierenden kommt der Bachelor nicht an. Nach wie vor fast zwei Drittel streben nach dem Abschluss ein Master-Studium an. Und bald jeder Dritte bricht sein Studium vorzeitig ab.

Quelle: [Ralf Wurzbacher auf Studis Online](#)

16. Orwell 2.0

1. Bericht: WhatsApp Call zeichnet ungefragt Telefonate auf - WhatsApp dementiert

WhatsApp zeichnet offenbar alle über die erst kürzlich vorgestellte VoIP-Funktion geführte Telefonate auf. Das berichtet der Technik-Blogger Jens Herforth, der darauf wiederum von einem Twitter-Nutzer hingewiesen wurde. Ein Anruf wird zwar auf mehrere Dateien aufgeteilt, die enthalten jedoch jedes gesprochene Wort des Anrufers und auch seines Gesprächspartners. Dem Blog zufolge finden sich die Dateien im internen Speicher eines Smartphones im Ordner "WhatsApp/Media/WhatsApp Calls". Dort werden sie nach Datum und Uhrzeit benannt abgelegt: eine Datei mit der Aufnahme des eigenen Telefons, eine mit der Aufnahme des Gegenübers. Die Archive im ".wav.gz"-Format lassen sich beispielsweise am PC mit einem ZIP-Programm entpacken.

Betroffen sind derzeit Nutzer der Version 2.12.45. Darin findet sich keine Einstellung für die Aufnahmefunktion – sie lässt sich also weder aktivieren noch deaktivieren. "Es wirkt eher so, als sei die Aufnahmefunktion ein Feature, welches noch nicht vollständig integriert wurde" kommentiert Herforth in seinem

Blog.

Der Blogger Carsten Knobloch weist wiederum nach eigenen Tests darauf hin, dass WhatsApp in der aktuellen Beta 2.12.61 per WhatsApp Call geführte Gespräche nicht automatisch aufzeichnet. Unklar ist allerdings, ob die Funktion bewusst aus der Testversion entfernt wurde oder noch nicht darin enthalten ist.

Quelle: [ZDNet](#)

2. **Keine Bedenken bei der Datenweitergabe an Krankenkassen**

Aldous Huxleys Roman Brave New World, 1932 erschienen, der vor einer repressiven sozialen Kontrolle warnt, scheint völlig in Vergessenheit geraten zu sein. Denn heute sollen Informationen aus mobilen Anwendungen, übertragen per Gesundheits-App, bei der Prävention und der Behandlung von Krankheiten helfen. In Zeiten von Fitness-Trackern ist dies technisch kein Problem mehr, und auch die Akzeptanz der Nutzer ist offensichtlich da. Jeder dritte Smartphone-Nutzer wäre bereit, seine Gesundheitsdaten an die eigene Krankenkasse weiterzuleiten, zitiert der ITK-Verband Bitkom aus einer Studie. Warnung von Datenschützern halten diesen Trend nicht auf.

Ob Informationen zur Fitness, Ernährung oder Lebensstil: Apps für das Smartphone können eine Vielzahl von wichtigen Gesundheitsdaten messen, die für die Prävention oder Behandlung von Krankheiten nützlich sein sollen. Sie bilden allerdings auch ein Informationstool für die Krankenkassen. Bei den Nutzern ab 65 Jahren können sich sogar rund 67 Prozent laut der Bitkom-Umfrage vorstellen, ihre Daten an die eigene Krankenkasse weiterzuleiten. Sie erhoffen sich dadurch eine bessere medizinische Beratung und Versorgung. Wie bei anderen telemedizinischen Anwendungen müssen Datensicherheit und Datenschutz bei Gesundheits-Apps aber gewährleistet sein.

Quelle: [Unternehmen-Heute.de](#)

17. **9. Mai GewerkschafterInnen für Frieden und Solidarität**

Ja! – zur Abrüstung, zu Rüstungskonversion und ziviler Konfliktbearbeitung – Nein! – zu Krieg zu Gewalt und zu mehr Militär und Hochrüstung!

Ja! – zur Solidarität mit Flüchtlingen und sozialer Asylpolitik, – Nein! – zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit!

Ja! – zu UmFairteilung und zu einer Politik wirtschaftspolitischer Vernunft – Nein! – zu Spardiktaten und Austeritätspolitik!

Im 70. Jahr nach Befreiung von Krieg und Faschismus sind gerade wir in den Gewerkschaften aufgerufen uns aktiv gegen jegliche Art von Fremdenfeindlichkeit, rechte Politik und Faschismus – für Frieden einzusetzen.

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg – Frieden bedeutet gemeinsam für ein gutes Leben in Demokratie und sozialer Gerechtigkeit einzutreten. Das gilt in

unserem Land und dafür brauchen wir auch eine Neubegründung Europas. Die aktuellen Entwicklungen um Griechenland unterstreichen nachhaltig, dass große Teile der herrschenden Kreise aus Politik und Wirtschaft alles daran setzen ihre neoliberalen Politikkonzepte gegen jede Vernunft und in großer Verantwortungslosigkeit gegen die große Mehrheit der Menschen durchzusetzen. Die neoliberale Politik der Spardiktate richtet sich gegen unsere Kolleginnen und Kollegen in Griechenland, in Spanien und in vielen anderen Ländern und letztlich auch gegen uns!

Tarifpolitik wird geschliffen, Arbeitnehmerrechte werden beschnitten, Löhne und Renten werden gesenkt und soziale Rahmenbedingungen für Bildung und Gesundheit sollen und werden auf dem Altar der Profitmaximierung und einer erbarmungslosen neoliberalen Wettbewerbsordnung geopfert.

Wir wenden uns gegen diese Politik und wir wollen dies in unserer DGB-Region mit euch und vielen anderen Menschen deutlich machen.

Wir rufen euch zur Beteiligung an einer Demonstration und Kundgebung auf. Wir treffen uns dazu am 9. Mai um 13.00 Uhr am Hauptbahnhof in Bochum zu einer gemeinsamen Veranstaltung...

Quelle: [GewerkschafterInnen für Frieden und Solidarität](#)

18. **Zu guter Letzt: Die Merkel gehört gar nicht zur Regierung**



Quelle: [Glaser Garfik](#)